

Schwedter Tageblatt

Verkundungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezüher Bestellschein beifügen.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 97

Mittwoch, den 25. April 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

— In den nächsten Tagen soll in Washington der deutsch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag unterzeichnet werden.
— Der deutsche Generalkonsul in Genf, Nischmann, geht im Juni als Botschaftsrat nach Angora.
— Nach der Ankunft des Hilfsflugzeuges für die „Bremen“ wurde die Arbeit für die Instandsetzung des deutschen Ozeanflugzeuges beschleunigt fortgesetzt.
— Reichskanzler Dr. Marx ließ der Witwe des verstorbenen Oberpräsidenten Zimmer-Breslau sein Beileid aussprechen.
— Der Arbeiter Fricke, der sich zu Gunsten des Kommunisten Hölz des Totschlags bezichtigte, ist außer Verfolgung gesetzt worden.
— Von den Opfern des Mailänder Bombenattentats sind erneut zwei Verletzte gestorben, so daß sich die Zahl der Todesopfer nunmehr auf 20 erhöht.
— In Brüssel wurde eine Tagung der Internationalen Eisenbahn-Union eröffnet.

Krach um den Antikriegspakt

Eine Erklärung der amerikanischen Regierung. Scharfe Presseangriffe gegen Briand's Entwurf. Wie die Regierung der Vereinigten Staaten mitteilt, fanden in Washington zwischen Kellogg und den Reichsministern Deutschlands und Englands Besprechungen über den Stand der Verhandlungen in der Frage der Kriegsschlichtung statt. Mit Rücksicht auf die Entwicklung der bisherigen Verhandlungen sei man zu der Auffassung gekommen, daß gegenwärtig eine allgemeine Konferenz, die sich mit diesem Thema zu befassen habe, noch nicht ins Auge gefaßt werden könne.
Bemerkenswert ist ein Artikel der „Washington Post“, in dem der französische Gesandte einer eingehenden Kritik unterzogen wird. Darin heißt es, daß von Frankreich vorgeschlagene Pakt würde die unterzeichnenden Staaten lächerlich machen, da er einseitig den Krieg als Werkzeug der nationalen Politik verdamme, nachher jedoch bestimme, daß alle anderen Bestimmungen, die den Krieg als Werkzeug nationaler oder internationaler Politik ausdrücklich vorsehen, hierdurch unberührt bleiben. Der Entwurf stelle statt einer Förderung des Friedensgedankens durch diese Vorbehalte eine Verletzung des gegenseitigen Mißtrauens und die Annahme von Unehrlichkeit der vertragsschließenden Staaten dar. Zeitweise wird bereits die Möglichkeit erwärdert, einen Antikriegspakt unter Ausschluß von Frankreich abzuschließen.
Versicherung des gegenseitigen Mißtrauens und die Annahme von Unehrlichkeit der vertragsschließenden Staaten dar. Zeitweise wird bereits die Möglichkeit erwärdert, einen Antikriegspakt unter Ausschluß von Frankreich abzuschließen!

Fortführung der Beweisaufnahme im Stettiner Prozeß.

Neue Aussagen des Generals v. Pawelsz. Im weiteren Verlaufe der Beweisaufnahme im Stettiner Prozeß machte sich eine recht nervöse Stimmung bemerkbar, auch kam es erneut zu erregten Auseinandersetzungen. Als neue Zeugen wurden geladen Ministerialdirektor Dr. Spicker, Generaloberst a. D. v. Seekt und Polizeipräsident Ernst-Breslau. Rittmeister von Loen, der noch einmal vernommen wurde, erklärte, er müsse seine Bekundungen über die Übernahme von 200 Bollstrecken aufrecht erhalten, wenn auch die preussische Regierung strikte erkläre, daß keine Regierungsstelle davon etwas gewußt habe. Alsdann ergänzte Generalleutnant v. Pawelsz seine Ausführungen von den Vortagen.
Der General versicherte erneut, daß die Reichswehr niemals Befehle zu sogenannten Gemorden erteilt habe. Was die Konferenzen betreffe, die er mit Herrn v. Bodungen über die Mobilmachung gegen Polen gehabt haben sollte, habe er zwar 1921 mehrfach über die Behebung des Grenzschutzes verhandelt, immer aber mit offiziellen Vertretern.
Der Verteidiger fragte darauf, wenn die Reichswehr keine Beziehungen zu den Arbeitskommandos gehabt habe, wie es dann komme, daß der Führer der „Schwarzen Reichswehr“ im Generalkommando in Berlin sein Dienstzimmer gehabt habe. General v. Pawelsz erwiderte, hier handele es sich um einen ganz anderen Zeitpunkt, jedenfalls müsse er sich dagegen wehren, daß man der Reichswehr einen Anteil an den Gemorden zuschreiben wolle. Im weiteren Verlaufe des Prozesses erklärte General v. Pawelsz noch, er müsse nunmehr von einem Schriftstück Gebrauch machen, dessen Original in Händen der preussischen Regierung sei. v. Pawelsz legte darauf einen Operationsbefehl vor.

Der im Staatsquartier Kopfbachs 1920 beschlagnahmt worden sein soll und in dem von der Mobilmachung gegen den „inneren Feind“ die Rede ist. In dem Befehl befindet sich auch die Anweisung, „Mädelsführer sind festzunehmen und still zu beiseitigen“. General v. Pawelsz erklärt entrüstet, hier handele es sich um einen trassen politischen Mord.
— Die Verteidigung bestritt die Echtheit des Schriftstücks und verwies darauf, daß damals viele Befehle gefälscht worden seien. Zum Schluß gab der frühere Landrat des Kreises Greiffenhagen, Geheimrat Köhler, eine eingehende Schilderung der damaligen Verhältnisse.

Kohlenpreiserhöhung beantragt.

Mit Wirkung ab 1. Mai. — Der Reichswirtschaftsminister stimmt voraussichtlich zu. Nachdem der Schiedsspruch für den Ruhrbergbau vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden ist, hat das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat eine Kohlenpreiserhöhung zum 1. Mai beantragt. Die Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Reichskohlenrates findet am 2. Mai statt. Inzwischen wird das Syndikat über das zu beantragende Ausmaß der Preiserhöhung und über die sonstigen Maßnahmen beraten, die durch die Verbindlichkeits-Erklärung des Schiedspruches notwendig werden.
Preiserhöhungsbeschlüsse des Kohlenbergbaus müssen bekanntlich vom Reichswirtschaftsminister genehmigt werden. Wie verlautet, dürfte der Reichswirtschaftsminister im vorliegenden Falle von seinem Einspruchsrecht keinen Gebrauch machen. Soweit sich jetzt schon etwas über das Ausmaß der Preiserhöhung sagen läßt, wird mit einer Erhöhung des Grundkohlenpreises von 14,60 Mark auf etwa 15,40 Mark gerechnet.

Politische Rundschau.

— In der Woche vor Pfingsten zrite der Deutsche Schundbund in Offen zu seiner diesjährigen Bundestagung zusammen. Zur Behandlung stehen u. a. Fragen des deutschen Volkstums im Osten.
— Der frühere deutsch-österreichische Minister Dr. Mintelen wurde zum Landeshauptmann von Steiermark gewählt.

— Dr. Tirpitz Ehrenvorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei. Der frühere Reichstagsabgeordnete, Großadmiral v. Tirpitz, der bei den jetzigen Wahlen nicht wieder kandidiert, ist zum Ehrenvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei ernannt worden. — Die gleichfalls nicht wieder kandidierende Führerin der Heimarbeiterrinnen, Frau Dr. Behm, erhielt ein Dank schreiben der Parteileitung, auch wurde ihr die Ehrenmitgliedschaft der Partei verliehen.

Das Verfahren gegen den Arbeiter Fricke eingestellt. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat die Strafkammer in Halle das Verfahren gegen den Arbeiter Fricke, der sich zugunsten des Kommunisten Hölz des Totschlags an dem Gutsbesitzer Heß bezichtigte, eingestellt, und Fricke, mangels Beweises außer Verfolgung gesetzt. Wie amtlich mitgeteilt wird, sind die Aussagen des Fricke über seine Beteiligung an der Erschießung des Gutsbesitzers Heß durch die Voruntersuchung in so vielen wesentlichen Punkten widerlegt worden, daß ein hinreichender Tatverdacht nicht vorliegt.

Reichsdeutscher Besuch in Wien. — Wien, 25. April. Bei einem aus Anlaß der Tagung der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer in Wien im Bundeskanzleramt veranstalteten Empfang begrüßte Bundesminister Dr. Dinghofer die Gäste mit einer Ansprache, in der er u. a. ausführte, wenn irgendetwas geeignet sei, die geistigen Bande zu festigen, die das große Deutsche Reich mit dem deutschen Oesterreich vereinen, so sei es die Annäherung ihrer Rechtsordnungen, und dies könne durch nichts besser gefördert werden, als durch die Gemeinsamkeit der rechtswissenschaftlichen Forschung. Namens der Gäste dankte der Vorsitzende der deutschen Staatsrechtslehrer, Geheimrat Prof. Dr. R. Thoma-Heidelberg.

Die Disziplinarverhandlung Kölling-Hoffmann. — Berlin, 25. April. Die Disziplinarverhandlung gegen die Magdeburger Richter Kölling und Hoffmann, die gegenwärtig vor dem Kammergericht stattfindet, erweckt sich großen öffentlichen Interesses. Senatspräsident Krey erstattete Bericht über die Vorgeschichte des Falles. Alsdann richtete Kammergerichtspräsident

Tiggies verschiedene Fragen an die beiden Richter. Landgerichtsdirektor Hoffmann und Landgerichtsrat Kölling erklärten, sie seien auch jetzt noch der Ansicht, daß das Magdeburger Verbrechen nicht nach allen Seiten vollständig aufgeklärt worden sei.

Generalkonsul Nischmann wird Botschaftsrat. — Genf, 25. April. Im Zusammenhang mit den Veränderungen im deutschen auswärtigen Dienst wird nunmehr auch die Versetzung des langjährigen hiesigen deutschen Generalkonsuls Nischmann als Botschaftsrat an die deutsche Botschaft in Angora bekannt. Botschaftsrat Nischmann, dessen Nachfolger noch nicht bestimmt ist, geht Anfang Mai in Urlaub und wird im Juni seinen neuen Posten antreten.

Nobiles Start Ende der Woche.

Startbereit spätestens am Sonntag. Die Ausbesserungsarbeiten an der „Italia“ sind voraussichtlich in kurzer Zeit beendet, denn aus Mailand sind Reparaturteile in Stof eingetroffen, darunter auch drei Propeller, die an Stelle der durch Hagelsturm beschädigten Luftschrauben montiert werden sollen. General Nobile hat der Besatzung Anweisung gegeben, sich für den Sonnabend oder Sonntag bereitzuhalten, da dann voraussichtlich der Start erfolgen wird.



Obiges Bild zeigt das vom Papste geweihte Kreuz, das General Nobile in der „Italia“ mit sich führt, um es am Nordpol aufzupflanzen.

Neue Wasserflugzeuge.

Vorfürhungen der Luftkanja auf dem Wannsee. Den Anwohnern des Wannsees und zahlreichen Ausflüglern aus Berlin und seiner Umgebung bot sich in den letzten Tagen ein interessantes Bild.
Auf dem Wannsee, dessen Fläche eine frische Frühlingbrise leicht kräuselte, lagen große Wasserflugzeuge. Die Deutsche Luftkanja führte diese Maschinen, die sie auf die Seeplätzen setzen will, anläßlich der Eröffnung des größten Teiles der Linien ihres diesjährigen Luftverkehrs nach den Vertretern der Behörden, der Luftfahrtorganisationen und der Presse vor.
Das Vorstandsmitglied der Deutschen Luftkanja H. G., Direktor Merkel, sprach über die Ausichten des transozeanischen Luftverkehrs. Direktor Milch gab technische Einzelheiten über die Vorbereitung zum transozeanischen Luftverkehr.
Anschließend an die Ausführungen fanden Rundflüge über Potsdam und die Havelseen statt, die den Teilnehmern das Landschaftsbild unter der schönsten Frühlingssonne zeigten.

Volkswirtschaft.

Die Lohnbewegung der Hamburger Hafenarbeiter. Auf Einladung des Hamburger Schlichters, Dr. Tenzel, haben erneut Verhandlungen über die Regelung der Löhne im Hamburger Hafenbetrieb stattgefunden. Nach kurzer Aussprache wurde eine Kommission von fünf Arbeitgebern und fünf Arbeitnehmern gebildet, die eine Annäherung der beiderseitigen Ansichten versuchen sollte. Die Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen. Ob eine Schlichterkammer gebildet wird, ist noch zweifelhaft.